

LAND TAGS KURIER



Seite 4:
Staatsminister Gemkow
stellt Perspektiven der
Wissenschaftspolitik vor



Seite 6:
Bundeswehrstandorte in
Sachsen: Debatte über
Aufgaben und Bedeutung



Seite 18:
Schülerinnen und Schüler
zum 15. Jugend-Pressetag
zu Gast

Ausgabe
2.23



Sächsischer Landtag



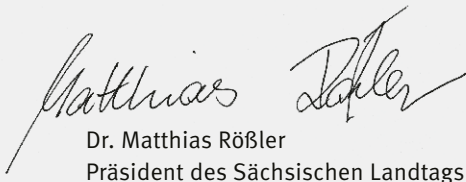
Foto: S. Giersch

Verehrte Leserinnen und Leser,

sicherlich sind Ihnen noch jene Momente aus den vergangenen Jahren im Gedächtnis, in denen die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr als »helfende Hände in Uniform« in unserem Freistaat aktiv waren. Ich denke etwa an die Waldbrände in Teilen des Nationalparks Sächsische Schweiz oder an die Corona-Pandemie, in der Angehörige der Bundeswehr die sächsischen Gesundheitszentren unterstützten. Ebenso kommt vielen von uns die Hochwasserkatastrophe von 2002 in den Sinn, als die Bundeswehr mit Räumgerät, Spaten und Schaufeln Katastrophenhilfe leistete. Sie sorgte damals dafür, Schlimmeres abzuwenden. Vor diesem Hintergrund debattierte der Sächsische Landtag am 15. März 2023 über die Bedeutung der Bundeswehr für Sachsen. Der neue Landtagskurier greift die Aktuelle Debatte auf und widmet ihr außerdem einen informationsreichen Hintergrund.

An die Verantwortung der Bundeswehr für unser Land und unsere Demokratie habe ich auch an anderer Stelle erinnert. Am 15. Februar 2023 wohnte ich dem Abschlussappell der Bundeswehr für die Teilnehmer eines Offizierlehrgangs bei. Vor der beeindruckenden Kulisse des Dresdner Theaterplatzes, eingerahmt von Semperoper, Zwinger und Hofkirche, habe ich den anwesenden Soldatinnen und Soldaten meinen Dank und meine Anerkennung ausgedrückt. Sie stehen im Dienst für unsere Sicherheit und die Werte, die unseren demokratischen Rechtsstaat ausmachen. Angesichts der weltpolitischen Lage und eines Krieges, der in Europa tobt, sollte klar sein: Wir können uns keine ineffektive Armee leisten. Die Bundeswehr braucht eine Ausstattung, mit der sie ihren zentralen Auftrag der Landesverteidigung bestmöglich umsetzen kann. Unsere Demokratie muss weiterhin eine wehrhafte, eine starke Demokratie bleiben, nur das sichert uns Freiheit und Wohlstand.

Die Bundeswehr in Sachsen war aber nur eines von vielen Themen, die während der vergangenen beiden Plenarsitzungen im Sächsischen Landtag auf der Tagesordnung standen. Was unser Parlament noch beschäftigte, erfahren Sie auf den kommenden Seiten. Ich wünsche Ihnen viel Freude beim Lesen.


Dr. Matthias Rößler
Präsident des Sächsischen Landtags

PLENUM

67. Sitzung des Sächsischen Landtags Investitionen in kluge Köpfe und kreative Ideen Staatsregierung sieht sächsische Wissenschaft gut aufgestellt.....	4
67. Sitzung des Sächsischen Landtags Sicherheit für die Demokratie Fraktionen betonen den Stellenwert der Bundeswehr für Sachsen.....	6
Hintergrundinformationen zur Bundeswehr in Sachsen	7
67. Sitzung des Sächsischen Landtags Deutsche und sächsische Interessen AfD fordert eine Abkehr von der gegenwärtigen Asylpolitik.....	8
68. Sitzung des Sächsischen Landtags Wo liegen die Grenzen des Arbeitskampfes? DIE LINKE setzt sich für den Schutz des Streikrechts ein.....	9
68. Sitzung des Sächsischen Landtags Frauenförderung als Standortvorteil BÜNDNISGRÜNE plädieren für umfassende Gleichstellungsstrategie.....	10
68. Sitzung des Sächsischen Landtags Investitionen und solide Finanzen SPD-Fraktion fordert einen Zukunftsfonds für Sachsen.....	11

PARLAMENT

Schritt in die richtige Richtung Sachsen novelliert Kitagesetz.....	12
Laufende Gesetzgebung	13

EUROPA

Nach zehn Jahren zurück in der tschechischen Hauptstadt	14
--	----

JUGEND

Ein Jahr an Bord der sächsischen Politik Ein Erfahrungsbericht zum Freiwilligen Sozialen Jahr im Landtag.....	16
Fragen wie die Großen 15. Jugend-Pressetag im Parlament.....	18

AKTUELLES

Verblasste Erinnerung? Sieben Jahrzehnte nach dem Volksaufstand vom 17. Juni 1953 ist eine lebendige Erinnerung nötig.....	20
--	----

GESCHICHTE

Die letzte »Front des demokratischen Sachsen«? Ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss im Schatten der »Machtergreifung« 1933.....	22
---	----

SERVICE

Weitere Informationen des Sächsischen Landtags	24
---	----

PLENUM

Wissenschaftsland, Wirtschaftsfaktor, Wachstum

// Eine Fachregierungserklärung von Wissenschaftsminister Sebastian Gemkow bildete den Ausgangspunkt der ersten Debatte der 67. Sitzung des 7. Sächsischen Landtags am 15. März 2023. In der anschließenden Aktuellen Stunde standen die Themen Bundeswehr und Migrationspolitik auf der Tagesordnung. In den Aktuellen Debatten der 68. Sitzung beschäftigte sich Sachsens Parlament unter anderem mit Arbeitskämpfen, Gleichstellung und Finanzpolitik. //

// Schweigeminute zu Beginn der 67. Sitzung
des 7. Sächsischen Landtags // Foto: S. Floss



// Oliver Fritzsche



// Jörg Urban



// Anna Gorskih



// Dr. Claudia Maicher



// Sabine Friedel // Fotos: S. Floss

67. Sitzung des Sächsischen Landtags

Dr. Daniel Thieme

Investitionen in kluge Köpfe und kreative Ideen

Staatsregierung sieht sächsische Wissenschaft gut aufgestellt

Staatsregierung: Grundlage für weiteren Erfolg

Sachsen sei seit jeher ein Schrittmacher und Impulsgeber für wissenschaftliche Innovationen gewesen, betonte zu Beginn seiner Rede Staatsminister Sebastian Gemkow, CDU. Heute verfügten Sachsens Hochschulen und Forschungseinrichtungen über eine sehr hohe Zahl kluger Köpfe, für die der Freistaat die bestmöglichen Rahmenbedingungen schaffen wolle. Dazu diene gegenwärtig die Erstellung des »Weißbuches

// Zu Beginn der 67. Sitzung am 15. März 2023 stand zunächst eine Fachregierungserklärung auf der Tagesordnung des Sächsischen Landtags. Unter dem Titel »Zukunft des Wissenschaftslandes Sachsen« erläuterte Staatsminister Sebastian Gemkow die Schwerpunkte und Ziele seines Ressorts. //

für die Forschung in öffentlichen Wissenschaftseinrichtungen im Freistaat Sachsen«. Auf dessen Grundlage würden nun Handlungsempfehlungen abgeleitet. Die beiden neuen Großforschungszentren, die im Rahmen des Strukturwandels geschaffen würden, hätten einen erheblichen Einfluss

auf die sächsische Wissenschaftslandschaft. In Mitteldeutschland entstehe das »Center for the Transformation of Chemistry«, in der Lausitz das »Deutsche Zentrum für Astrophysik«. Für den Ausbau und Betrieb der Spitzeneinrichtungen seien mehr als 2 Milliarden Euro eingeplant.

AfD: Bildungsniveau sinkt weiter ab

Jörg Urban, AfD, blickte zunächst ebenfalls in die Geschichte. Bereits lange vor der Reformation sei in Sachsen viel Wert auf Bildung gelegt worden. Dafür stehe beispielsweise die im Jahre 1183 gegründete Domschule zu Meißen oder die traditionsreiche Universität Leipzig. Trotz zahlreicher Errungenschaften verschlechterte sich allerdings das Bildungsniveau seit Jahren. Die Anzahl der Viertklässler, die nicht ein-

mal die Mindestanforderungen für Mathe und Deutsch erreichen, wachse stetig. Die Lehrpläne würden immer voller und die Kinder mit immer mehr Demokratieerziehung sowie mit interkultureller, nachhaltiger und geschlechtssensibler Bildung überschüttet. Um später Spitzenleistungen zu erbringen, brauche es jedoch vielmehr Freude am logischen Denken und einen kreativen Geist. Immer mehr Grundschüler erhielten eine Bildungsempfehlung für das Gymnasium, was aber nicht mit einem gestiegenen Niveau einhergehe. Die Noteninflation beim Abitur könne ebenfalls keine Grenzen.

CDU: Technologietransfer stärken und Fachkräfte gewinnen

In Forschung und Wissenschaft bedeute Stillstand Rückschritt, bekundete Oliver Fritzsche, CDU. Daher sei es gerade in diesem Politikfeld wichtig, den Blick nach vorn zu richten. Die Hochschulen und Forschungseinrichtungen müssten in die Lage versetzt werden, ihre internationalen Spitzenpositionen in der Forschung langfristig weiter auszubauen. Die sächsischen Fachhochschulen hätten sich auch deshalb zu einem großen Verbund zusammengeschlossen, um den Technologietransfer zu stärken. Das neue Hochschulgesetz werde dazu beitragen,

// Sebastian Gemkow



die Beziehungen zur mittelständischen Wirtschaft in Sachsen zu verbessern. Die Zukunft des Wissenschaftslandes Sachsen hänge ebenfalls von der Zahl an Fachkräften ab. Das Potenzial an sächsischen Studienanfängern reiche perspektivisch nicht aus, um den Bedarf an akademisch gebildeten Fachkräften zu decken. Deshalb liege ein besonderer Fokus auf der Gewinnung internationaler Studierender.

DIE LINKE: Gleichstellung weiter fördern

Anna Gorskih, DIE LINKE, mahnte, man dürfe nicht nur auf das Erreichte schauen, sondern müsse den Blick auf die vielen Herausforderungen richten. Dies betreffe beispielsweise die Situation der Forschenden und Lehrenden sowie die der Studierenden. Gegen die hohen Befristungsquoten, kurzen Vertragslaufzeiten, langen und teilweise unbezahlten Arbeitszeiten sowie fehlenden Karriereperspektiven müsse endlich etwas unternommen werden. Die Themen Gleichstellung und Geschlechtergerechtigkeit lägen ihr ebenfalls sehr am Herzen. Seit dem Wintersemester 2021/2022 seien an deutschen Hochschulen mehr Studentinnen als Studenten eingeschrieben. Doch je höher man in der Hierarchie der Wissenschaft schaue, desto



weniger Frauen fänden sich dort. Es brauche daher einen starken Antidiskriminierungsschutz sowie eine weitere Förderung der Gleichstellungsbeauftragten.

BÜNDNISGRÜNE: Prorektorate für Nachhaltigkeit schaffen

Sachsens Wissenschaftslandschaft stünde noch viel Arbeit bevor, um die aktuellen Herausforderungen zu bewältigen, betonte Dr. Claudia Maicher, BÜNDNISGRÜNE. Ihre Partei stehe dafür, die Freiheit der Wissenschaft zu schützen und die Hochschulen zu stärken. Eine wichtige Maßnahme sei die Novellierung des Hochschulgesetzes. Damit sei u. a. geplant, Prorektorate für Nachhaltigkeit einzurichten. Außerdem sollten neue Beschäftigungskategorien wie Lektoren und Wissenschaftsmanager geschaffen werden, um die Karrierewege des akademischen Mittelbaus zu verbessern und die Lehre zu fördern. Die Gleichstellung und Inklusion von Studierenden müsse gestärkt werden. Die Förderungszusage für Großforschungszentren wie das »Center for the Transformation of Chemistry« und das »Deutsche Zentrum für Astrophysik« können einen weitreichenden Transformationsprozess anstoßen, der auch die Themen Nachhaltigkeit und Klimawandel einschließe.

SPD: Beitrag zur staatlichen Daseinsvorsorge

Sabine Friedel, SPD, sagte, die Finanzierung der Hochschulen als Bildungs- und Forschungseinrichtungen sei wichtig, weil sie einen wesentlichen Beitrag für die technische und soziale Daseinsvorsorge leisteten. In diesem Sinne würden sie die Schlüsseltechnologien der Gegenwart und Zukunft selbst entwickeln können und Sachsen damit unabhängiger machen. Sie bildeten Menschen in wichtigen Berufen, wie beispielsweise im Erziehungswesen oder der Medizin aus. Eine langfristige und auskömmliche Grundfinanzierung sichere die Stabilität und Substanz der Hochschulen. Die Verstetigung der Hochschulmittel habe sich besonders beim Lehramtsstudium ausgezahlt. Sachsen habe mittlerweile eine dauerhaft hohe Zahl von Studierenden in diesem Bereich. Bei den Gesundheits- und Therapieberufen sei geplant, die akademische Ausbildung weiter zu stärken. Hierfür seien jedoch weitere staatliche Investitionen erforderlich.



Am 7. Februar 2023 verstarb der frühere Abgeordnete des Sächsischen Landtags, **Wolfgang Weber**, CDU. Er gehörte dem Parlament während der 1. Legislaturperiode von 1990 bis 1994 an. In dieser Zeit war er unter anderem Vorsitzender des Ausschusses für Schule, Jugend und Sport.



// Ronald Pohle // Foto: S. Floss

67. Sitzung des Sächsischen Landtags

Dr. Daniel Thieme

Sicherheit für die Demokratie

Fraktionen betonen den Stellenwert der Bundeswehr für Sachsen

// Die erste Aktuelle Debatte der 67. Sitzung des Sächsischen Landtags trug den Titel »Bedeutung der Bundeswehr für den Freistaat Sachsen: Landesverteidigung, Katastrophenhilfe, Wirtschaftsfaktor«. Der Antrag stammte von der CDU-Fraktion. Mit über 5000 zivilen und militärischen Beschäftigten ist die Bundeswehr in Sachsen stark vertreten. Mehr erfahren Sie dazu im Hintergrund auf der rechten Seite. //

Standortplan unterstützen

Ronald Pohle, CDU, äußerte seinen Respekt für die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr, die das Funktionieren des demokratischen Gemeinwesens nach außen absicherten. Traurig sei jedoch, dass es erst eines Krieges in Europa bedurfte, um die Bedeutung der Streitkräfte wieder ins Bewusstsein zurückzubringen. Der Plan des Bundesministeriums für Verteidigung, in der Oberlausitz perspektivisch bis zu 1000 Angehörige der Bundeswehr zu stationieren, müsse unterstützt werden.

Die CDU habe die Bundeswehr unfähig gemacht, obwohl sie der Garant für eine starke Landesverteidigung gewesen sei, warf Carsten Hütter, AfD, ein. Deshalb fehle es bei der Truppe heute an allen Ecken und Kanten. CDU-typisch sei erst alles kaputtgespart und dann mit Steuergeldern wieder aufgebaut worden, um sich hinterher als Retter zu verkaufen. Skandalös seien auch die Vorgänge um die ehemalige Jägerkaserne in

Schneeberg. Hier seien viele Millionen Euro Steuergeld verschwendet worden.

Respekt für Katastrophenhilfe

Rico Gebhardt, DIE LINKE, stimmte grundsätzlich zu, dass die Bundeswehr eine Bedeutung für die Kommunen habe. Doch die Standortentscheidungen seien trügerisch. Die Anforderungen an Armeen könnten sich ändern. Deshalb seien Stationierungen, egal wie groß, kein Beitrag zu einem Strukturwandel. Für ihren Einsatz während der Flut im Jahre 2002 oder bei der Bekämpfung der Waldbrände verdienten die Soldatinnen und Soldaten indes Dank und Respekt.

Der liberale Rechtsstaat brauche zu seiner vollen Entfaltung die Abwesenheit von Krieg, so Valentin Lippmann, BÜNDNISGRÜNE. Dafür benötige er eine stabile und funktionsfähige Verteidigungsinfrastruktur. Die Bundeswehr solle zudem eine Bindung zur Gesellschaft haben und öffentlich präsent

sein. Verstärkte Einsätze im Inneren, jenseits der Amts- und Katastrophenhilfe, dürfe es aber nicht geben. Dies sei für die BÜNDNISGRÜNE eine unverrückbare Grundrechtsposition.

Modernisierung notwendig

Albrecht Pallas, SPD, wies darauf hin, dass es für den Einsatz der Bundeswehr in Katastrophen- oder Notstandslagen klar definierte Regeln gebe. Sie dürfe nicht zu einer Hilfsorganisation durch die Hintertür werden. Dafür gebe es andere, die für ihre Aufgaben gestärkt und finanziell sicher aufgestellt werden müssten. Die Bundeswehr hingegen brauche nicht nur neues Material, sondern auch eine Modernisierung der Truppe und der Bundeswehrverwaltung.

Die Bundeswehr sei eine starke Säule für Sicherheit, würdigte Innenminister Armin Schuster, CDU, ihre Bedeutung. Die Soldatinnen und Soldaten verteidigten als Bürger in Uniform das Land. Die Staatsregierung setze sich dafür ein, ihre Präsenz in Sachsen, beispielsweise in der Lausitz, zu erhöhen. Geopolitisch wie auch geostrategisch sei eine solche Stationierung das richtige Signal. Gestärkt werden müsse aber auch der Zivilschutz in Deutschland, für den 10 Milliarden Euro erforderlich seien.



Hintergrundinformationen zur Bundeswehr in Sachsen

// Übung der Panzergrenadierbrigade 37 auf dem Truppenübungsplatz Oberlausitz //
Foto: Bundeswehr/Dröscher

Truppenstandorte in Sachsen

Von den drei Teilstreitkräften ist insbesondere das Heer in Sachsen stark vertreten. In Frankenberg hat die Panzergrenadierbrigade 37 ihren Sitz. Insgesamt 920 Soldatinnen und Soldaten sowie zivile Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dienen an diesem Standort. Zwei Panzergrenadierbataillone sind in der Erzgebirgskaserne in Marienberg beheimatet. In der General-Olbricht-Kaserne in Leipzig sind Feldjäger stationiert.

Einer der größten Truppenübungsplätze in Deutschland befindet sich in Weißkeißel in der Oberlausitz. Seine moderne Infrastruktur bietet sehr gute Ausbildungsbedingungen. Das Gerätehauptdepot Zeithain im Landkreis Meißen ist das drittgrößte Materiallager der Bundeswehr. Aktuell sind 183 zivile Angestellte und Soldaten am Standort beschäftigt.

// In Sachsen befinden sich acht größere Standorte der Bundeswehr. Die Einrichtungen besitzen eine hohe Bedeutung für die Landesverteidigung und stärken als Wirtschaftsfaktoren die sächsischen Regionen. //

Ausbildung und Verwaltung

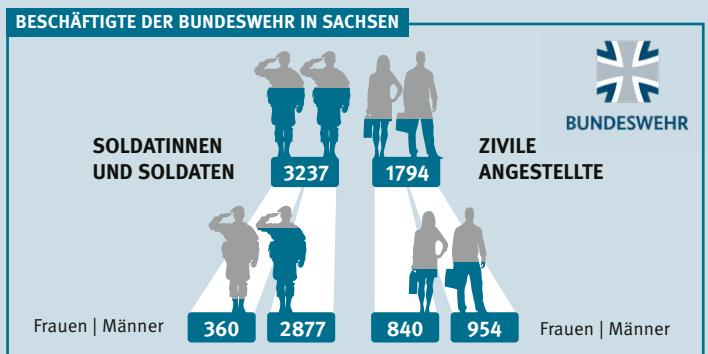
Die Offizierschule des Heeres in Dresden ist die zentrale Ausbildungseinrichtung für alle Offizieranwärter und Offiziere. Ihr unterstellt ist ein spezielles Taktikzentrum. Unteroffiziere des Heeres werden im nord-sächsischen Delitzsch ausgebildet. Zur Bundeswehr in Sachsen gehören ebenso zahlreiche Verwaltungseinrichtungen. Dazu zählt beispielsweise ein Amt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung in Dresden. Das Zentrum für Luft- und Raumfahrtmedizin der Luftwaffe unterhält in der sächsischen Kleinstadt Königsbrück eine Außenstelle. Ein Karrierecenter der Bundeswehr ist in Dresden angesiedelt.

Katastrophenhilfe, Geschichte und Sport

Das Landeskommando Sachsen ist ebenfalls in Dresden zu Hause. Es ist erste Ansprechstelle der Bundeswehr für die sächsische Staatsregierung und alle anderen zivilen Behörden und Organisationen im Freistaat. Im Katastrophenfall berät es Landräte und Bürgermeister zu möglichen

Hilfen durch die Bundeswehr. Zuletzt war dies bei den Waldbränden in Sachsen im Sommer 2022 notwendig, als Militärhubschrauber den Löscheinsatz der Feuerwehren unterstützten.

Das Militärgeschichtliche Museum ist das deutsche Leitmuseum im Museums- und Sammlungsverband der Bundeswehr und steht in Dresden. Zur Sportfördergruppe der Bundeswehr in Frankenberg gehören etwa 60 Spitzensportler, die dank der Förderung optimal trainieren können. Mit ihren Erfolgen tragen sie zum Ansehen Sachsens in der Welt bei.



Quelle: Landeskommando Sachsen

Deutsche und sächsische Interessen

AfD fordert eine Abkehr von der gegenwärtigen Asylpolitik

67. Sitzung des Sächsischen Landtags

// Die zweite Aktuelle Debatte am 15. März 2023 hatte die AfD-Fraktion beantragt. Unter dem Titel »Unser Land zuerst statt zuletzt« debattierten die Abgeordneten über die deutsche Asylpolitik und ihre Folgen für Sachsen. Der Freistaat sieht sich gegenwärtig mit anhaltend hohen Flüchtlingszahlen konfrontiert. //

Fehlgeleitete Moralvorstellungen

Die primäre Aufgabe der deutschen Politik sei es, den Interessen des eigenen Landes und seines Volkes zu dienen, hob Alexander Wiesner, AfD, an. Dieses Ziel würde aber von den etablierten Parteien ignoriert. Ihre Migrationspolitik sei von fehlgeleiteten Moralvorstellungen geprägt. Die Kommunen drohten unter der Zuweisung immer neuer Flüchtlinge zusammenzubrechen. Abschiebungen würden hingegen gar nicht in Angriff genommen oder scheiterten an Unvermögen oder Sabotage.

Als Exportnation sei Deutschland darauf angewiesen, mit anderen zusammenzuarbeiten, hob Ronny Wähner, CDU, hervor. Wie viele andere Länder auch nehme es aus humanitären Gründen Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine auf. Im Sinne eines geeinten Europas müsse die Zuwanderung aber gemeinsam reguliert werden. Lösungen finde man nicht in egoistischen Alleingängen. Der Debattentitel schade insofern Deutschland allgemein und Sachsen noch viel mehr.

Flüchtlinge unterstützen

Der Titel sei ein Rückgriff auf die frühere deutsche Überheblichkeit, bekundete Mirko Schultze, DIE LINKE, seinen Unmut. Diese habe letztlich der ganzen Welt geschadet. Deutschland mit Sachsen sei ein Einwanderungsland. Die AfD wolle nicht wahrhaben, dass die Integration der meisten Geflüchteten gelinge. Sie müssten weiter unterstützt und nicht diskriminiert werden. Ferner dürften sie nicht in Massenunterkünften kaserniert werden. Wenn Flüchtlinge eine Arbeitserlaubnis bekämen, könnten sie ihre Dankbarkeit zeigen.

Petra Čagalj Sejdi, BÜNDNISGRÜNE, warf der AfD vor, dass es ihr gar nicht darum ginge, sachlich über Dinge zu diskutieren. Die Fraktion wolle nur Hass und Angst schüren. Was zudem sehr deutlich werde, sei ihr Egoismus. Dabei könne man durchaus von »Sachsen zuerst« sprechen. Beispielsweise, wenn es darum gehe, dass die Menschen im Freistaat die Ersten seien, die Hilfe leisteten oder lösungsorientiert und nachhaltig an Probleme herangingen.

Errungenschaften absichern

Albrecht Pallas, SPD, machte deutlich, dass Sachsen Arbeits- und Fachkräfte brauche, um zukunftsfähig zu bleiben. Bis Ende des Jahrzehnts fehlten 150 000 von ihnen. Diese große Lücke könne der Freistaat nicht ohne Zuwanderung schließen. Der Zugang zur Arbeit erleichtere Migranten die gesellschaftliche Teilhabe und beende ihre Abhängigkeit von Sozialsystemen. Letztlich würden sie dafür sorgen, den geschaffenen Wohlstand zu sichern. Die konsequente Anwendung des Chancenaufenthaltsrechts sei daher richtig.

Armin Schuster, Staatsminister des Innern, CDU, stellte klar, dass es auf die Frage, wie mit Asylbewerbern nach dem Grundgesetz umzugehen sei, eine moralisch eindeutige Antwort gebe. Das Aufenthaltsrecht gehe aber nicht von einer unbegrenzten Aufnahme aus. Daher müsse über einen Richtwert für den Zuzug gesprochen werden. Die aktuelle Situation sei nicht mit den Jahren 2015/2016 vergleichbar. Kein anderes Bundesland leite Flüchtlinge so gut an die Kommunen weiter wie Sachsen.

// Petra Čagalj Sejdi



// Alexander Wiesner // Fotos: S. Floss





68. Sitzung des Sächsischen Landtags

// Rico Gebhardt, Henning Homann // Fotos: O. Killig

Dr. Daniel Thieme

Wo liegen die Grenzen des Arbeitskampfes?

DIE LINKE setzt sich für den Schutz des Streikrechts ein

// »Zusammen geht mehr.« – Respekt, Anerkennung und Solidarität für die Beschäftigten – Hände weg vom Streikrecht!« lautete der Titel der ersten Aktuellen Debatte am 16. März 2023. Beantragt hatte sie die Fraktion DIE LINKE. Unter anderem im öffentlichen Dienst hatte es zuletzt Warnstreiks gegeben, mit denen die Gewerkschaften und Beschäftigten höhere Löhne gefordert hatten. //

Im Grundgesetz geschützt

Tarifaufeinandersetzungen schmerzten besonders, wenn sie das öffentliche Leben betrafen, zeigte Rico Gebhardt, DIE LINKE, Verständnis. Doch die gegenwärtigen Streiks brächten Druck in die Verhandlungen und unterstützten die Forderungen der Beschäftigten nach einer auskömmlichen Lebensgrundlage und der Anerkennung ihrer Tätigkeit. Das Streikrecht sei im Grundgesetz verankert. Wer sich daran vergreife, werde mit schärfstem Widerstand rechnen müssen.

Bei den Überlegungen für eine Reform des Streikrechts gehe es im Kern darum, es vor Missbrauch zu schützen, erläuterte Jörg Kiesewetter, CDU. Gerade in einem frühen Stadium von Tarifverhandlungen dürfe durch die Einbeziehung kritischer Infrastrukturen kein Schaden entstehen. Problematisch sei, dass es außer dem im Grundgesetz garantierten Streikrecht an detaillierteren gesetzlichen Vorgaben fehle. Die Tarifeinigung solle

auch weiterhin den Tarifpartnern überlassen bleiben.

Ausdruck von Freiheit

Die Tarifautonomie ergebe keinen Sinn, wenn sie nicht auch mit den Mitteln des Arbeitskampfes durchgesetzt werden könne, stellte Jörg Urban, AfD, klar. Das Streikrecht sei ein Ausdruck von Freiheit und es dürfe nicht eingeschränkt werden. Schon heute sei es nicht grenzenlos. Mit Bezug auf das Verhältnismäßigkeitsprinzip und die Gemeinwohlbindung habe die Rechtsprechung in diesem Bereich längst ein Regulativ dafür entwickelt.

Gerhard Liebscher, BÜNDNISGRÜNE, verwies darauf, dass Deutschlands Streikvolumen von 18 Ausfalltagen pro 1000 Beschäftigte und Jahr im internationalen Mittelfeld liege. In Sachsen sei diese Zahl noch niedriger. Von Unverhältnismäßigkeit könne daher keine

Rede sein. Eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik bedeute, wettbewerbsfähige Arbeitsbedingungen anzubieten. Nur dann könnten Fachkräfte gehalten werden oder neue hinzukommen.

Neues Selbstbewusstsein

Henning Homann, SPD, machte deutlich, dass die Sozialpartnerschaft ohne Streikrecht ein stumpfes Schwert sei. Es biete den Beschäftigten die Möglichkeit, im Zweifel ihre Würde zu erkämpfen. Die Sachsen würden die ungleiche Bezahlung zwischen Ost und West immer weniger akzeptieren. Sie organisierten sich in Betriebsräten und seien bereit zu streiken. Dafür gebe es in Deutschland klare Regeln. Das grundsätzliche Streikrecht dürfe nicht angetastet werden.

Arbeitsminister Martin Dulig, SPD, sagte, der wichtigste Weg zu fairen Löhnen und guten Arbeitsbedingungen führe über Tarifverträge. Die Staatsregierung setze sich für eine weitere Stärkung der Tarifbindung ein, indem sie Impulse gebe und Rahmenbedingungen schaffe. Der Abschluss von Flächentarifverträgen könne und dürfe aber nicht durch die Politik angeordnet werden. Für die Betriebe existierten gute Gründe, die Tarifbindung für sich zu nutzen.



Frauenförderung als Standortvorteil

BÜNDNISGRÜNE plädieren für umfassende Gleichstellungsstrategie

// Lucie Hammecke // Fotos: O. Killig

68. Sitzung des Sächsischen Landtags

Dr. Daniel Thieme

// Der Sächsische Landtag debattierte am 16. März 2023 auf Antrag der Fraktion BÜNDNISGRÜNE das Thema: »Frauen gestalten Sachsen – Gleichstellung im Freistaat voranbringen«. Es war die zweite Aktuelle Debatte der 68. Sitzung. Zwischen 1982 und 2021 sank in Sachsen die Zahl der Einwohner um 16,6 Prozent. Die Zahl der Einwohnerinnen ging im gleichen Zeitraum um 25,7 Prozent zurück. //

Gefahr für soziales Geflecht

Lucie Hammecke, BÜNDNISGRÜNE, betonte, dass es in Sachsen einen Männerüberschuss und damit einen Mangel an Frauen gebe. Die Gleichstellung und Förderung von Frauen sei deshalb entscheidend für die Zukunft des Freistaates. Viele ältere Menschen und mehr Männer wirkten sich negativ auf das soziale Gefüge im Freistaat aus. In diesem Umfeld würden fremdenfeindliche und demokratieskeptische Einstellungen gedeihen.

Daniela Kuge, CDU, rief in ihrer Rede zu mehr politischer Teilhabe von Frauen auf. Wenn ihre Stimmen zu gleichen Anteilen in der Politik vertreten wären, würden etwa Femizide und Gewalt gegen Frauen mehr Aufmerksamkeit erhalten. Die Einrichtung einer Fachkommission zur gleichberechtigten Teilhabe von Frauen in Wahlämtern sei ein erster Schritt in diese Richtung. Das Eintre-

ten für Gleichberechtigung dürfe aber nicht gegen die Männer geschehen, sondern mit ihnen.

Gleichberechtigung statt Gleichstellung

Gleichstellung sei das Gegenteil von Gleichberechtigung, tat Martina Jost, AfD, kund. Gleichberechtigung führe zu gleichen Chancen für alle, Gleichstellung dagegen bedeute gleiche Ergebnisse für alle – egal, ob fähig oder unfähig, faul oder fleißig. Davon sei im deutschen Grundgesetz an keiner Stelle die Rede. Auch die Bevölkerung wünsche mehrheitlich keine Gleichstellungspolitik, weder in Bezug auf Gendersprache noch beim Thema Frauenquote.

Um »Sachsen zu gestalten«, wie es der Debatteititel sage, benötigten Frauen die entsprechenden Ressourcen, so Sarah Buddeberg, DIE LINKE. So müsse die Sorgearbeit zwischen den Geschlechtern gerechter aufgeteilt werden. Ferner sollte die Lohnlücke, die Frauen benachteilige, geschlossen werden. Gremien und Kommissionen, ganz besonders aber die Parlamente, bräuchten paritätische Anteile von Frauen und Männern. Nur dann erhielten Frauen tatsächlich mehr Einfluss.

Erfolge statt Defizite benennen

Beim Frauentag sei bisher häufig über Defizite gesprochen worden, erklärte Hanka Kliese, SPD. Doch die geführten Diskussionen hätten sich geändert. Heute werde eher über Dinge gesprochen, die sich ändern und verbessern müssen. Es komme mehr darauf an, zu zeigen, was Frauen bereits leisteten. Eine Erfolgsgeschichte sei beispielsweise die hohe Erwerbsquote ostdeutscher Frauen. In Bezug auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf würden die westdeutschen Frauen heute von ihnen lernen.

Gleichstellungsministerin Katja Meier, BÜNDNISGRÜNE, erinnerte daran, dass sich gerade der März eigne, um über Gleichstellung zu sprechen. Neben dem Internationalen Frauentag führe der Equal Pay Day vor Augen, dass immer noch nicht alle Menschen fair und gleich bezahlt würden. In politischen Ämtern, im Landtag und in Kommunalparlamenten brauche es mehr Frauen. Dazu habe ihr Ministerium einen Maßnahmenkatalog vorgelegt, dessen Umsetzung bereits ange laufen sei.

// Katja Meier



Aktuelle Debatten als Video

Auf dem YouTube-Kanal des Sächsischen Landtags finden sich die Videos aller Aktuellen Debatten in voller Länge:
www.youtube.com/c/saechsischerlandtag01

Investitionen und solide Finanzen

SPD-Fraktion fordert einen Zukunftsfonds für Sachsen

// Dirk Panter // Fotos: O. Killig

68. Sitzung des Sächsischen Landtags

Dr. Daniel Thieme

// Als dritte Aktuelle Debatte stand ein Antrag der SPD-Fraktion auf der Tagesordnung der 68. Sitzung des Sächsischen Landtags. Das Thema lautete: »Für die Arbeitsplätze der Zukunft: kluge Investitionen und solide Finanzen«. Der aktuelle sächsische Doppelhaushalt weist eine Investitionsquote von 17 Prozent aus. //

nicht viel mehr als ein Inflationsausgleich. Ein großes Problem stelle weiterhin die mangelnde Tarifbindung in Sachsen dar.

Investitionen und solide Finanzen

Eine generationengerechte Politik bedeute, die Finanzen des Freistaates seriös im Blick zu haben, aber trotzdem in die Zukunft zu investieren, hob Dirk Panter, SPD, hervor. Dann würden sich Unternehmen und Fachkräfte auch in Zukunft in Sachsen wohlfühlen, seien Arbeitsplätze gesichert und würden neue entstehen. Investiert werden müsse vor allem in Bildung, Busse und Bahnen, in schnelles Internet sowie in die Energiewende und den Klimaschutz.

Jan Löffler, CDU, forderte, mit den zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln verantwortungsvoll umzugehen. Es reiche nicht aus, einen Katalog für weitere Ausgaben zu erstellen und diese möglicherweise durch Kredite zu finanzieren. Stattdessen solle die Politik auf

die mahnenden Stimmen der Wirtschaft hören. Diese sehe angesichts der steigenden Bereitwilligkeit zur Verschuldung und ihrer Übertragung auf die nächste Generation eine Gefahr für die öffentlichen Finanzen.

Verfehlt Transformation

Thomas Thumm, AfD, kritisierte, dass die SPD mit ihrer angedachten Transformation der Wirtschaft einen Brand lege und sich anschließend als Feuerwehrmann aufspielen wolle. Sie plane, gute Arbeitsplätze zu schaffen, dabei gelinge ihr es nicht einmal, die vorhandenen in Sachsen zu erhalten. Wenn rund ein Drittel der Automobilzulieferer, und damit einer der wichtigsten Wirtschaftszweige im Freistaat, beabsichtigten abzuwandern, sei dies das Ergebnis einer völlig verfehlten Energie-, Steuer- und Abgabepolitik.

Nico Brünler, DIE LINKE, führte an, Investitionen lohnten sich nur, wenn auch die Fachkräfte dafür vorhanden seien. 34 Prozent der Beschäftigten in Ostdeutschland arbeiteten im Niedriglohnsektor und verdienten damit nur zwei Drittel des bundesweiten Durchschnitts. Die Anhebung des Mindestlohns auf 12 Euro pro Stunde sei aus heutiger Sicht

Schlüsseltechnologien ansiedeln

Die Gestaltung der Arbeitswelt von morgen entscheide sich wesentlich an der Frage, ob die neuen Technologien dem Ziel der klimaneutralen Gesellschaft diene, so Gerhard Liebscher, BÜNDNISGRÜNE. Sachsen könne die Abwanderung von Schlüsselindustrien verhindern und abgewanderte Unternehmen der Klimabranche zurückholen. Das Revival der Solarbranche sei nur einer der jüngsten Erfolge der sächsischen Industriepolitik. Der Hochlauf der Wasserstoffproduktion werde regional vorangetrieben.

Mit Investitionen, gespeist aus einem Zukunftsfonds, hätte Sachsen die Chance auf einen Vorsprung, so Wirtschaftsminister Martin Dulig, SPD. In den USA und China würden Milliarden investiert. Auch Deutschland müsse folglich ein massives Interesse daran haben, die Investitionsbedingungen in Europa für die Industrie zu stärken. Es brauche mehr denn je einen starken und mutig handelnden Staat, der in die Zukunft der Wirtschaft investiere.

// Susann Leithoff, Daniela Kuge



www.landtag.sachsen.de



Foto: Kzenon – stock.adobe.com

Katja Ciesluk

Schritt in die richtige Richtung

Sachsen novelliert Kitagesetz

// Die Koalitionsfraktionen CDU, BÜNDNISGRÜNE und SPD haben den Entwurf für ein neues Kitagesetz vorgelegt. Der Ausschuss für Schule und Bildung beriet darüber mit zahlreichen Sachkundigen in einer öffentlichen Anhörung am 3. März 2023. //

ZUM NACHLESEN

Wortprotokoll
der Anhörung



Ab August 2023 sollen mehr Personal und Geld für die Kinderbetreuung und die frühkindliche Bildung in Sachsen zur Verfügung stehen. Konkret sieht die Gesetzesnovelle vor, den Betreuungsschlüssel um vier Prozentpunkte zu erhöhen, was sachsenweit ca. 1 000 zusätzliche Fachkräfte verspricht. Um dies zu finanzieren, steigt der Landeszuschuss laut Entwurf um 218 Euro pro Kind und Jahr. Des Weiteren will der Freistaat den Kommunen rückwirkend zum 1. Januar dieses Jahres 200 Euro mehr pro Kind über die sogenannte Kita-Pauschale zahlen, um so die gestiegenen Personal- und Sachkosten auszugleichen.

Weitere Verbesserungen gefordert

Dies seien Schritte in die richtige Richtung, begrüßten die Sachkundigen unisono die geplanten Verbesserungen. Ebenso einig waren sie sich darin, dass die Anstrengungen keinesfalls ausreichen und weitere Schritte folgen müssten. Weder genüge die vorgesehene personelle Aufstockung, um die Kind-Fachkraft-Relation im bundesweiten Vergleich spürbar auszubauen bzw. Krankheits- und Urlaubszeiten adäquat abzufangen, noch reiche die Erhöhung der Landeszuschüsse, um die großen Preissteigerungen infolge der

Energiekrise und Steigerung der Tariflöhne auszugleichen.

Positiv bewerteten die geladenen Expertinnen und Experten die Klarstellung, dass Kindertagespflege und Kindertagesbetreuung gleichwertige Angebote seien sowie die vorgesehene Stärkung des Bildungsauftrages. So verdeutlichte das vorliegende Kitagesetz, dass die Vorbereitung auf die Schule eine langfristige Aufgabe sei, die nicht erst im Vorschuljahr beginne.

Teilhabe für alle

Unzufriedenheit äußerten hingegen mehrere Sachkundige

gegenüber den Abgeordneten beim Thema Inklusion. So sei es nicht damit getan, im Gesetz das Wort »Integration« durch »Inklusion« zu ersetzen. Um Teilhabe für alle zu ermöglichen, brauche es vielmehr verbindliche Handlungsempfehlungen im Gesetz sowie eine konzeptionelle Untersetzung des Begriffs Inklusion.

Nach Abschluss seiner Beratungen wird der Ausschuss für Schule und Bildung dem Parlament seine Beschlussempfehlung zum vorliegenden Gesetzentwurf vorlegen. Der Landtag stimmt voraussichtlich im Frühjahr 2023 über das neue Kitagesetz ab.

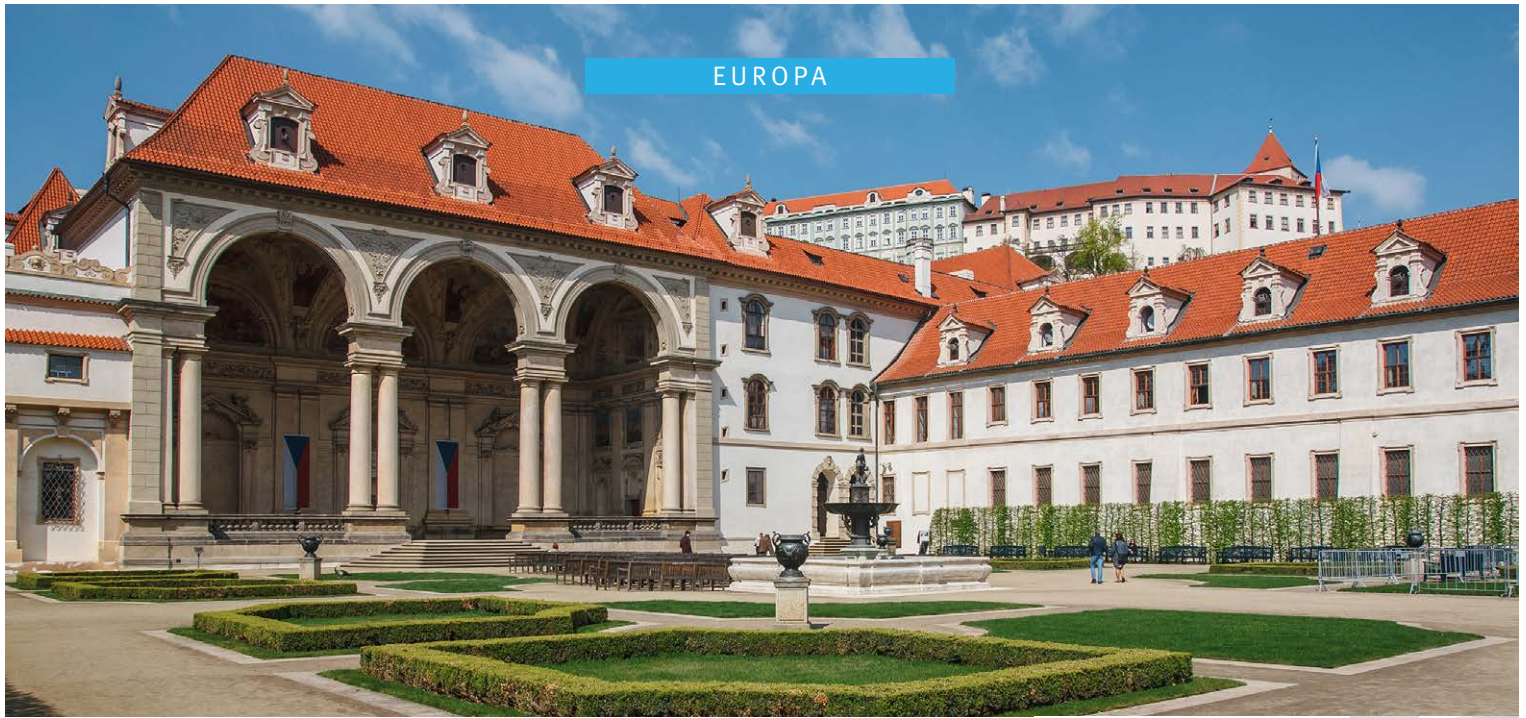
LAUFENDE GESETZGEBUNG

TITEL EINBRINGER	ERLÄUTERUNG	STATUS
Gesetz zur Verbesserung des Rechtsschutzes bei Wahlen 7/10168 AfD	Mit dem Gesetz soll es einer Partei ermöglicht werden, im Falle der Zurückweisung ihrer Landesliste noch vor deren Bekanntgabe eine Beschwerde beim Verfassungsgerichtshof einzulegen.	Öffentliche Anhörung im Ausschuss für Inneres und Sport am 2. März 2023
Gesetz zur Änderung des Sächsischen Nachbarrechtsgesetzes und weiterer Vorschriften mit Bezug zur Justiz 7/11670 Staatsregierung	Mit einem Überbau auf das Nachbargrundstück verbundene Wärmedämmungen an Gebäuden sollen ermöglicht werden. Zudem werden die Regelungen zum dienstlichen Beurteilungswesen an die Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts angepasst.	Öffentliche Anhörung im Ausschuss für Verfassung und Recht, Demokratie, Europa und Gleichstellung am 1. März 2023
Gesetz über die berufsständische Vertretung der Heilberufe im Freistaat Sachsen 7/11882 Staatsregierung	Ziele der Neuregelung sind, den Patienten- und Datenschutz zu aktualisieren, EU-Rechtskonformität der tierärztlichen Berufsausübung in Privatrechtsform herzustellen sowie bundesrechtliche Änderungen nachzuvollziehen.	Öffentliche Anhörung im Ausschuss für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt am 27. Februar 2023
Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Kindertageseinrichtungen 7/12227 CDU, BÜNDNISGRÜNE, SPD	Die personelle Ausstattung in den Kindertageseinrichtungen soll verbessert und die gestiegenen Personal- und Sachkosten durch eine Erhöhung des Landeszuschusses ausgeglichen werden.	Öffentliche Anhörung im Ausschuss für Schule und Bildung (ffd.) am 3. März 2023
Gesetz zur Absenkung des Wahlalters im Freistaat Sachsen auf das vollendete 16. Lebensjahr (Sächsisches Wahlalter-16-Gesetz) 7/12706 DIE LINKE	Zur Einbeziehung junger Menschen in die Politik soll das Mindestalter zur Wahlteilnahme für die Landtags- und Kommunalwahlen auf das vollendete 16. Lebensjahr festgesetzt werden.	Überweisung an den Ausschuss für Verfassung und Recht, Demokratie, Europa und Gleichstellung (ffd.) sowie den Ausschuss für Inneres und Sport am 16. März 2023
Gesetz zur Änderung des Sächsischen Jagdgesetzes und der Sächsischen Jagdverordnung 7/12815 AfD	Zur Populationskontrolle von Federwild soll die Gelegebehandlung zugelassen werden. Zudem soll die Schonzeit der Nilgans zur Bestandsminimierung entfallen.	1. Beratung und Überweisung an den Ausschuss für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft voraussichtlich im April 2023
Fünftes Gesetz zur Änderung der Sächsischen Bauordnung 7/12832 AfD	Um einen vollständigen und insolvenzsicheren Rückbau von Windenergieanlagen nach dauerhafter Aufgabe der zulässigen Nutzung sicherzustellen, sollen Betreiber künftig eine entsprechende Verpflichtungserklärung abgeben und eine Sicherheitsleistung hinterlegen.	1. Beratung und Überweisung an den Ausschuss für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft voraussichtlich im April 2023
Zweites Gesetz zur Änderung des Sächsischen Flüchtlingsaufnahmegesetzes 7/12835 AfD	Ziel des Gesetzentwurfs ist es, die Kommunen bei der Verteilung und Aufnahme von geflüchteten Menschen stärker zu beteiligen.	1. Beratung und Überweisung an den Ausschuss für Inneres und Sport (ffd.) sowie den Haushalts- und Finanzausschuss voraussichtlich im April 2023

ABGESCHLOSSENE GESETZGEBUNG

TITEL EINBRINGER	ERLÄUTERUNG	STATUS
Viertes Gesetz zur Änderung des Sächsischen Landeserziehungsgeldgesetzes 7/10159 AfD	Das Landeserziehungsgeld sollte künftig zwischen 750 und 1.500 Euro monatlich betragen, die Nichtinanspruchnahme eines Platzes in einer Kindertageseinrichtung oder Kindertagespflege vorausgesetzt.	abgelehnt
Gesetz zur Weiterentwicklung des Vergaberechts im Freistaat Sachsen 7/10618 DIE LINKE	Mit der Novellierung sollten bei Vergabeentscheidungen künftig soziale, umweltbezogene und innovative Aspekte berücksichtigt werden.	abgelehnt
Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Raumordnung und Landesplanung des Freistaates Sachsen (Landesplanungsgesetz – SächsLPIG) 7/10995 AfD	Nach dem Gesetzentwurf sollte der regelmäßige Raumordnungsbericht an den Landtag künftig auch die Entwicklung der Gemeinden berücksichtigen.	abgelehnt
Gesetz über die staatliche Prüfung und allgemeine Beeidigung von Dolmetscherinnen und Dolmetschern, Übersetzerinnen und Übersetzern sowie Gebärdensprachdolmetscherinnen und Gebärdensprachdolmetschern (Sächsisches Dolmetschergesetz – SächsDolmG) 7/10366 Staatsregierung	Die Novellierung harmonisiert verschiedene Regelungen über Sprachmittlerinnen und Sprachmittler. Insbesondere werden die Beeidigungsvoraussetzung und Rechtsfolgen dem bundesrechtlichen Gerichtsdolmetschergesetz angeglichen.	angenommen

Die »Laufende Gesetzgebung« zeigt den Fortschritt in aktuellen Gesetzgebungsverfahren des Sächsischen Landtags an. Unter »Abgeschlossene Gesetzgebung« sind angenommene und abgelehnte Gesetzentwürfe aufgeführt. Stand: 17. März 2023.



// Innenhof mit Loggia des Palais Waldstein in Prag // Foto: djedayspb – stock.adobe.com

Nach zehn Jahren zurück in der tschechischen Hauptstadt

Dr. Thomas Schubert

Forum Mitteleuropa
beim Sächsischen Landtag



// Das Forum Mitteleuropa tagt am 23. Mai 2023 mit seiner Konferenz »Stabilität von Wirtschaft und Gesellschaft in Mitteleuropa« im Palais Waldstein in Prag. //

Das Palais Waldstein ist nicht nur das größte und wohl auch das schönste der vielen Stadtpalais in Prag, seit 1992 beherbergt es auch den Senat des Parlaments der Tschechischen Republik, also das parlamentarische Oberhaus. Das Forum Mitteleuropa beim Sächsischen Landtag hatte schon 2013 die

Möglichkeit, hier seine Jahreskonferenz auszurichten. Zehn Jahre später kommt es erneut zu einer solchen Kooperation der beiden Parlamente.

Die diesjährige Konferenz »Stabilität von Wirtschaft und Gesellschaft in Mitteleuropa« will sich verstärkt den möglichen mittel- und langfristigen

Folgen der europäischen »Zeitenwende« in den Bereichen Wirtschaft und Gesellschaft in Mitteleuropa widmen. Damit soll einerseits die 2022 in Vilnius begonnene Diskussion fortgesetzt sowie andererseits thematisch an die Schwerpunkte der tschechischen EU-Ratspräsidentschaft (u. a. Ukraine-Krieg, Sanktionen und Energiekrise) angeknüpft werden. Zu den ohnehin zahlreichen Herausforderungen, die von innen wie von außen auf die Europäische Union einwirken (z. B. Migrations- und Asylpolitik oder Klimapolitik), kamen im Jahr 2022 existenzielle Fragen in den Bereichen Energie- und Sicherheitspolitik hinzu. Die geopolitische Situation erfordert von der Europäischen Union sowie von den einzelnen EU-Mitgliedstaaten im dritten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts substanzielle Antworten auf existenzielle Fragen.

Auf der Konferenz Mitte Mai diskutieren internationale Experten aus Politik, Diplomatie, Wirtschaft und Wissenschaft diese Themen der Zeit. Zunächst geht es am Vormittag u. a. um die Frage, wie es in den Industrieländern Mitteleuropas energiepolitisch weitergehen kann. Am Nachmittag stehen aktuelle Entwicklungen in den Bürgergesellschaften Mitteleuropas im Zentrum. Wie unterscheiden sich die Sichtweisen in den Ländern Mitteleuropas auf den Krieg in der Ukraine sowie auf den Umgang mit den Folgen? Wie wirkt sich die europäische »Zeitenwende« auf die Bürger in Mitteleuropa aus? Welchen Einfluss haben etwa die gestiegenen Preise auf die Stabilität in den Gesellschaften?

Die Konferenz wird am 23. Mai 2023 live auf dem YouTube-Kanal des Sächsischen Landtags übertragen.

// Zur Vorbereitung der Konferenz trafen sich Senatspräsident RNDr. Miloš Vystrčil und Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler am 23. März 2023 in Prag. // Foto: Senát PČR



Hinter den Kulissen des Parlaments

Foto: M. Rietschel

// Nach ihrem Abitur entschied sich Tina Kablau, den Sächsischen Landtag aus nächster Nähe kennenzulernen. Deshalb bewarb sie sich für ein Freiwilliges Soziales Jahr mit dem Schwerpunkt Politik. Ihr Zwischenfazit nach sechs Monaten fällt ausgesprochen positiv aus. Intensiv Parlamentsluft schnupperten kürzlich auch die Redakteure mehrerer sächsischer Schülerzeitungen. Sie beteiligten sich am 15. Jugend-Pressetag. //

Tina Kablau

EIN JAHR AN BORD DER SÄCHSISCHEN POLITIK

Ein Erfahrungsbericht zum Freiwilligen Sozialen Jahr im Landtag

// Der Abpfiff der ersten Halbzeit steht kurz bevor. Die ersten sechs Monate meines Freiwilligen Sozialen Jahres Politik (FSJ Politik) sind vorüber. Wie sieht mein Zwischenfazit aus? //

Startschuss in ein aufregendes Jahr

Ich gebe zu: Ein letzter Rest von Unsicherheit hat mich bis zu meinem allerersten »Arbeitstag« im Sächsischen Landtag begleitet. Das Gebäude wirkte einschüchternd auf mich. Nicht nur von außen sieht der Altbau grau und kalt aus – auch innen müssen die Werke von sächsischen Künstlerinnen und Künstlern gegen die nüchterne Architektur ankämpfen. Würde so auch mein Freiwilligenjahr aussehen: nüchtern und grau?

Oder wird es ein Jahr, das sich sinnvoll anfühlt und in dem ich mich weiterbilden kann? Meine klare Antwort auf diese Fragen lautet: Das liegt bei dir! Denn das Freiwillige Soziale Jahr Politik ist eine ganz besondere Chance. Es ist die Gelegenheit, ungewöhnliche Einblicke in politische Prozesse und Strukturen zu gewinnen sowie Gleichgesinnte zu treffen.

Natürlich können manche Tage herausfordernd und anstrengend, andere auch zeitweilig eintönig sein. Doch all diese Facetten meiner Freiwilligenarbeit haben mich weitergebracht. Ich habe gelernt, mich einzubrin-

gen und eigene Ideen oder Projekte anzustoßen. Gelungen ist mir das unter anderem auch, weil mich das Team der Stabsstelle Presse und Öffentlichkeitsarbeit, Protokoll, Besucherdienst so freundlich und offen empfangen hat. Direkt am Tag nach meinem Start im Landtag durfte ich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf eine außergewöhnliche Art kennenlernen: Mit einem Paddel und Rettungsweste ausgestattet in einem Schlauchboot auf der Elbe sitzend und gegen ein Kentern der »Mannschaft« ankämpfend. Da habe ich schnell gemerkt, dass sich die gesamte Stabsstelle freut, mich als allererste FSJlerin überhaupt ins Boot geholt zu haben. Meine Entscheidung war also richtig. Es war der richtige Schritt, mich bei der Sächsischen Jugendstiftung für ein FSJ Politik zu bewerben und mich schlussendlich für den Landtag als meine Einsatzstelle zu entscheiden.

TINA KABLAU ist 19 Jahre alt und seit September 2022 beim Sächsischen Landtag

Ankommen und loslegen

Die Arbeit im Besucherdienst hat meinen Einstieg sehr erleichtert. Mithilfe meiner Betreuerin und ihrer Kollegin habe ich mich unerwartet schnell in die Arbeitsweise des Bereichs eingefuchst. So konnte ich mir sehr schnell einen guten Überblick über die Abläufe und Strukturen im Landtag verschaffen. Eine Verwaltung mit rund 170 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern muss man erst einmal überblicken und verstehen lernen – besonders, wenn man wie ich aus einem kleinen Dorf im Erzgebirge kommt. Im Besucherdienst konnte ich mich auch direkt meiner ersten persönlichen Herausforderung stellen: Telefonate führen. Das mag vielleicht albern klingen, aber den Hörer in die Hand zu nehmen und mit einer mir unbekanntenen Person wichtige Angelegenheiten zu klären, war für mich



www.saechsische-jugendstiftung.de/machen-statt-meckern

anfangs schwierig. Egal, ob ein Klassenlehrer oder eine Gruppenleiterin spezielle Nachfragen zu ihrer geplanten Führung im Landtag hatten oder Abgeordnete Bürgerinnen und Bürger aus ihrem Wahlkreis in das Parlament einladen wollten, oft war ich die erste Anlaufstelle. Je sicherer ich mich bei der alltäglichen Arbeit des Besucherdienstes gefühlt habe, desto mehr Aufgaben konnte ich übernehmen.

Als erstes größeres Projekt fällt mir die Planung der Bildungstage im Landtag ein. Das FSJ Politik besteht nämlich nicht nur aus der Arbeit in deiner Einsatzstelle. Auch 25 gut organisierte Bildungstage gehören dazu. Für mich bedeuten die Seminare vor allem: Austausch und Vernetzung, aber genauso Abwechslung und Weiterbildung. Passend zum Thema Politik sollten daher gleich zwei dieser Bildungstage im Landtag stattfinden. Die Überlegung, mir die Planung – sozusagen als »Frau vor Ort« – zu überlassen, lag natürlich nahe. Ich habe schnell festgestellt, dass mir dieser Auftrag



Fotos: M. Rietschel

viel Spaß macht; selbst dann noch, als ich mich sprichwörtlich tagelang durch verschiedene Referate telefonieren musste, um beispielsweise das Mittagessen zu organisieren.

Mittendrin

Im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit bekam ich verstärkt das Gefühl, dass ich meine ganz persönlichen Interessen und Fähigkeiten einsetzen kann. Als Unterstützung des Teams kann ich dafür sorgen, dass Veran-

staltungen und Angebote für junge Menschen nach außen getragen werden. Das passiert auf ganz unterschiedliche Weise: in gedruckter Form beispielsweise im Landtagskurier oder digital auf der Website und den Social-Media-Kanälen des Landtags. Am 3. Oktober etwa öffnet der Landtag jährlich für Bürgerinnen und Bürger seine Türen – auch solche, die sonst für die Öffentlichkeit nicht zugänglich sind. Für mich bedeutete der 3. Oktober 2022 vor allem eines: mit Menschen ins Gespräch kommen. Andere Termine für die Öffentlichkeitsarbeit verlaufen dagegen manchmal mit wenigen Worten. Ein gutes Beispiel dafür ist der 27. Januar, der Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus. Mit Stift und Block ausgestattet hielt ich die Stimmung bei der Kranzniederlegung im Chemnitzer Park der Opfer des Faschismus fest. Zu den Highlights meines ersten halben Jahres im Landtag gehören aber auf jeden Fall die regelmäßig stattfindenden Plenarsitzungen. Spätestens auf den grünen Stühlen der Besuchertribüne spürt man, dass jede Arbeit am Computer

und jedes Telefonat in Verbindung mit der Arbeit des Parlaments stehen.

Auf in die nächsten Monate

Meine Unsicherheit zu Beginn des Freiwilligenjahres hat sich also nicht bestätigt: Ich bin froh darüber, dass ich hier einzigartige Eindrücke sammeln und mich ausprobieren darf. Die Arbeit im Parlament ist ganz und gar nicht kalt und grau. Deshalb kann ich es sehr empfehlen, den Schritt zu wagen. Bewerbt euch für ein FSJ Politik im Sächsischen Landtag. Ein spannendes und vor allem abwechslungsreiches Jahr voller neuer Erfahrungen und Möglichkeiten erwartet euch.

BEWERBUNGEN

für das FSJ Politik 2023/2024 nimmt die Sächsische Jugendstiftung aktuell entgegen. Bewerbungsschluss ist der 15. Mai 2023.



// Führung durch den Neubau des Landtags im Rahmen der Bildungstage //
Foto: O. Killig



Katja Ciesluk

FRAGEN WIE DIE GROßEN

15. Jugend-Pressetag im Parlament

// Die Freude ist groß, als um kurz nach 10 Uhr alle kleinen und großen Schülerzeitungsredakteurinnen und -redakteure einigermaßen pünktlich im Landtag eintreffen. Sachsenweite Streiks hatten die Anreise zum ersten Abenteuer eines ereignisreichen Tages in Dresden werden lassen. Beim 15. Jugend-Pressetag am 8. März 2023 erwartete den journalistischen Nachwuchs ein spannender Blick hinter die Kulissen von Medien und Politik. //



// Pressekonferenz mit Abgeordneten // Fotos: M. Rietschel

Noch einmal kurz durchatmen und schon sitzen die Schülerinnen und Schüler gespannt und neugierig im Pressezentrum der Landespressekonferenz Sachsen im Sächsischen Landtag. Rund 30 Jungreporterinnen und -reporter aus Ralbitz (Sorbische Oberschule), Grimma (Waldschule, Förderschwerpunkt geistige Entwicklung), Leipzig (Max-Klinger-Schule und Robert-Schumann-Gymnasium) sowie Lengenfeld/Vogtland (Gotthold-Ephraim-Lessing-Oberschule) haben Ohren und Stifte gespitzt und die Smartphones zum Fotografieren gezückt.

Auf dem Weg zur Pressekonferenz

Aber halt, noch ist es nicht so weit. Bevor die Jungen und



Mädchen bei einer echten Pressekonferenz Abgeordnete mit ihren Fragen löchern dürfen, gilt es, den Termin professionell vorzubereiten. Gemeinsam mit der Jugendpresse Sachsen und der Landespressekonferenz Sachsen (LPK) tüfelt der Nachwuchs an Interviewtechniken und verpasst den mitgebrachten Fragen ihren finalen Schliff. Politikjournalist Tino Moritz erläuterte die Arbeit der LPK, einem Zusammenschluss von

mehr als 70 Medienschaffenden, deren Schwerpunkt auf Landespolitik liegt.

Dann gibt es noch einen Crashkurs in politischer Bildung mit Parlamentsführung und Mini-Planspiel im Plenarsaal. Rekordverdächtige 25 Minuten brauchen die »Abgeordneten«, um über ihr erstes eigenes

Gesetz abzustimmen: Noten in der Schule sollen nicht abgeschafft werden, entscheidet das Plenum mit großer Mehrheit an diesem Nachmittag.

Und schließlich geht es zur Pressekonferenz. Vier Politikerinnen haben auf Einladung der Jugendpresse Sachsen auf dem Podium Platz genommen: Sandra Gockel (CDU), Antje Feiks (DIE LINKE), Dr. Claudia Maicher (BÜNDNISGRÜNE) und Sabine Friedel (SPD). Wählen ab 16, Frauenanteil im Parlament, Klimaproteste, Lehrermangel – ein bunter Strauß Fragen, den die Abgeordneten geduldig beantworten. Über eine Stunde sind die gespitzten Ohren, Stifte und gezückten Smartphones der eifrigen Reporter im Einsatz, um Material für die nächsten Ausgaben von »Klinger-Express«, »3 Etagenleben« und Co. zu sammeln und demnächst in den schulischen Redaktionsstuben in interessante und gut recherchierte Beiträge zu gießen.

Der Jugend-Pressetag ist eine gemeinsame Veranstaltung der Vereine »Jugendpresse Sachsen« und »Landespressekonferenz Sachsen«.



Sächsische Geschichte aus doppelter Perspektive

// Sowjetischer IS-2-Panzer in Leipzig am 17. Juni 1953 //
Foto: Bundesarchiv, B 285 Bild-14676/Fotograf(in): o. Ang.

// Das Jahr 2023 bietet Anknüpfungspunkte für zwei historische Jubiläen. Sie sind Wegmarken der Democratiegeschichte in Sachsen. Der Überfall auf den Landtag 1933 leitete das Ende der ersten sächsischen Democratie und die Machtergreifung durch die Nationalsozialisten ein. Der Volksaufstand in der DDR 1953 steht wiederum als Symbol für den frühen Widerstand gegen die kommunistische Diktatur. //



// Magdalena Ermich, Referentin der Sächsischen Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, führt durch die Ausstellung.

Dr. Nancy Aris

Verblasste Erinnerung?

Sieben Jahrzehnte nach dem Volksaufstand vom 17. Juni 1953 ist eine lebendige Erinnerung nötig

// Am 17. Juni 2023 jährt sich der Volksaufstand in der DDR zum 70. Mal. Der Aufstand, der über 700 Orte erfasste und von einer Million Menschen getragen wurde, war das erste flächendeckende Aufbegehren eines Landes gegen die kommunistischen Machthaber im gesamten Ostblock. Es ist ein Schlusseldatum der deutschen und europäischen Freiheitsgeschichte, dessen Tragweite in der Allgemeinheit jedoch kaum bekannt ist. Er ist ein fast weißer Fleck auf unserer erinnerungskulturellen Landkarte. //

Verstelte Perspektiven auf den 17. Juni

Für alle, die in der politischen Bildung tätig sind, stellt sich neben den Wissensdefiziten die Frage, wie man lebendig an diesen Massenprotest erinnert, wenn von den damaligen Protagonisten heute kaum noch jemand lebt. Die profan wirkende Frage verweist auf ein tiefergreifendes Problem, mit dem wir immer wieder konfrontiert sind: Wie macht man historische

Ereignisse und deren Folgen für die Gegenwart verstehbar, damit die Dimension zurückliegender Handlungen vorstellbar wird und die Menschen bestenfalls Schlüsse daraus ziehen können? Wie finden wir tragfähige Brücken, um das viel beschworene »Lernen aus der Geschichte« zu ermöglichen?

Eine gängige Praxis der Vermittlung ist die Vergegenwärtigung. Man will Jugendliche da abholen, wo sie stehen. Leider wird daraus oft ein

schematisches Übertragen historischer Themen in die Gegenwart. Auf den 17. Juni 1953 bezogen wäre das die Frage, wo Menschen sich heute in ihren Freiheiten beschnitten fühlen und wofür sie auf die Straße gehen? Aber funktioniert dieser Ansatz? Ich bin da skeptisch. Auch, weil durch derlei Bezüge sich ungewollt eine Gleichsetzung zweier unterschiedlicher politischer Systeme einschleicht. Zu schnell werden dann Analogien

hergestellt. Wenn heute das Tragen einer Maske während der Corona-Pandemie oder die Nichtverfügbarkeit eines Handy-Funksignals als nicht hinnehmbare Freiheitseinschränkungen gelten, dann ist dies nicht mit dem Fehlen elementarer Grundrechte in einer Diktatur zu vergleichen.

Zuweilen habe ich den Eindruck, dass die Fokussierung auf die Gegenwartsbezuge und inhaltlichen Anschlusslinien den historischen Gegenstand

selbst in den Hintergrund drängt, ihn sogar verzerrt. Dies ist auch in so manchen Reden von Politikern der Fall, wenn sie in der Friedlichen Revolution die Vollendung des 17. Juni feiern, auch wenn sich die Mehrheit der Bürgerbewegten vom Herbst '89 nie in der Tradition des Juni-aufstands sahen und in ihrer Mehrheit die DDR viel lieber reformieren als gänzlich abschaffen wollten.

Alternative Ansätze in der Geschichtsvermittlung

Um einer Verwässerung entgegenzuwirken, geht es uns in unseren Projekten immer um drei Ebenen: um einen emotionalen Zugang, um Wissensvermittlung und um Reflexion. Es braucht Hintergrundwissen, da-

die weitere Geschichte der DDR eine Zäsur bedeutete.

Ein emotionaler Zugang kann über konkrete Biografien hergestellt werden. In fast jedem größeren Ort gab es prägende Protagonisten, denen man



// »Solidarität mit Berlin«: Demonstration vor dem Leipziger Hauptbahnhof // Foto: Stadtgeschichtliches Museum Leipzig / Helga Müller

ganz eigenes Thema für eine Beschäftigung bieten. Die Landesbeauftragte bietet neben Unterrichtseinheiten ein Ausstellungsmodul zum Volksaufstand und ein Projekt an, bei dem Schülerinnen und Schüler

sen dazu aufgerufen, sich dem Volksaufstand in ihrer Region mit künstlerischen Mitteln zu nähern. Uns geht es darum, in den damaligen Brennpunkten das Aufstandsthema heute wieder neu zu verankern und es in der Mitte der Gesellschaft aufleben zu lassen. 70 Jahre danach soll der Aufstand nicht nur in Seminaren behandelt werden, sondern es soll auf der Straße darüber diskutiert werden, was die Menschen damals bewegte. Mit Straßentheater oder künstlerischen Interventionen auf Straßen und Plätzen möchten wir das Thema dorthin zurückbringen, wo alles begann.

Insgesamt haben wir 20 sächsische Kommunen einbezogen. Die bisherigen Rückmeldungen zeigen, dass – auch wenn das Wissen gering scheint – das Interesse sehr groß ist.

»Ein äußerst spannendes Thema. Können Sie uns detaillierte Informationen zukommen lassen?« – so lauteten viele Antworten der Theater. Erste Treffen fanden bereits in Dresden, Döbeln und Görlitz statt. Hier ging es darum, Informationen zum historischen Ereignis zu geben und mögliche Zugänge für die künstlerische Auseinandersetzung aufzuzeigen. So wird sich das Theaterpädagogische Zentrum Sachsen e. V. in einer biografischen Spurensuche vor allem dem Streikführer Wilhelm Grothaus nähern.

Das Spektrum der Teilnehmerinnen und Teilnehmer ist erfreulich breit – von Laien bis Profis, von Schülern bis Studenten. Man darf also gespannt sein, was im Juni 2023 alles zu sehen sein wird.



die Berichterstattung in ost- und westdeutschen Zeitungen zum 17. Juni 1953 vergleichen. Dafür stehen spezielle Arbeitsblätter bereit. Sie ermöglichen eine vertiefende Analyse, die nicht nur den Umgang mit dem Ereignis in Ost und West zeigt, sondern auch die Medienkompetenz schult.

Bildung im öffentlichen Raum

Das Wissen über den 17. Juni 1953 ist in unserer Gesellschaft verschüttet. Dazu beigetragen hat sicher auch die jahrzehntelang verbreitete SED-Propaganda vom aus dem Westen gelenkten faschistischen Putsch. Deshalb ist es uns neben unseren schulischen Projekten auch ein Anliegen, Erwachsene in unsere Bildungsarbeit einzubeziehen. Wir wollen das diesjährige Jubiläum dazu nutzen, das Thema in den öffentlichen Raum zu tragen und haben dafür einen für uns neuen Zugang gewählt. So haben wir Theater in Sach-

mit junge Menschen heute den Mut der protestierenden Frauen und Männer von damals adäquat würdigen können. Wenn sie nicht wissen, warum die Unzufriedenheit in der frühen DDR so groß war, verstehen sie nicht, weshalb die Menschen auf die Straße gingen. Und wenn sie das Risiko, das den Streikführern drohte, und die Folgen für sie nicht kennen, werden sie die Unerschrockenheit nicht anerkennen können und nicht verstehen, warum der Aufstand für

nachspüren kann. Dadurch lässt sich die große Aufstandserzählung auf Menschen aus der Umgebung herunterbrechen. Diese regionale Verankerung ist wichtig, weil sie das Geschichtsbewusstsein nachhaltig stärkt und Identifikation mit dem Wohnort schafft. Zu einigen Streikführern gibt es sogar Videointerviews im Internet, wie z. B. zu Günter Kröber aus Leipzig oder Werner Herbig aus Görlitz. Nicht zu vergessen sind die Toten des 17. Juni, die ein

Mehr Informationen zu den Bildungsangeboten der Sächsischen Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur finden Sie unter:
lasd.landtag.sachsen.de



1953

Die letzte »Front des dem

Ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss im Schatten der »Machtergreifung« 1933

Am 30. Januar 1933, vor etwas mehr als 90 Jahren, wurde Adolf Hitler in Berlin die Reichskanzlerschaft übertragen und die Nationalsozialisten begannen, die erste Demokratie in Deutschland zu zerschlagen. Das bedeutet aber nicht, dass die Republik von Weimar plötzlich und widerstandslos in sich zusammengefallen wäre. Ihre Institutionen arbeiteten über jenen schicksalhaften »Tag der Machtergreifung« hinaus weiter – so lange, bis sie mit Gewalt daran gehindert wurden. Das gilt auch für den Sächsischen Landtag und seine Organe; im Besonderen für den sogenannten »Untersuchungsausschuss zur Untersuchung der Behauptungen über staatsfeindliche Umtriebe in der sächsischen Polizei und in den Amtsstellen des Staates«.

In diesem Gremium mit dem etwas sperrigen Namen hatten sich, so behauptete es zumindest der liberale Abgeordnete Johannes Dieckmann (1893–1969) – später erster Präsident der DDR-Volkskammer – in seinen Memoiren, »der schüchterne Versuch zur Bildung einer »Nationalen Front des demokratischen Sachsen« gebildet«. Zielte diese Aussage des Ausschussmitglieds Dieckmann lediglich darauf ab, sich nachträglich als »Kämpfer gegen den Faschismus« anzubiedern? Oder war das Gremium tatsächlich ein Versuch, sich der Gewalt von SA und SS mit parlamentarischen Mitteln zu widersetzen?

Die im Sächsischen Hauptstaatsarchiv erhaltenen Akten zum Parlamentarischen Unter-

// Vor 90 Jahren erlebte der sächsische Landtag eine historische Zäsur. An diesem Tag überfielen nationalsozialistische Truppen das freigewählte Parlament und machten Jagd auf Abgeordnete. Der blutige Überfall bedeutete den Anfang vom Ende der ersten Demokratie in Sachsen. //



// Alfred Neu, Vorsitzender des Untersuchungsausschusses //
Quelle: Leipziger Volkszeitung vom 19. Juni 1930, S. 9.

suchungsausschuss (PUA) erlauben es, ein differenziertes Bild der parlamentarischen Arbeit im Kontext der nationalsozialistischen Machtergreifung zu zeichnen.

Die Rolle der sächsischen Polizei im Vorfeld der »Machtergreifung«

Seit Sommer 1931 häuften sich in Sachsen Überfälle von SA-Truppen auf Versammlungen und Demonstrationen ihrer

politischen Gegner, insbesondere der Kommunisten und Sozialdemokraten. Beim Landtag gingen zahlreiche Beschwerden darüber ein, dass die Polizei in vielen Fällen nicht ausreichenden Schutz vor diesen Überfällen bot. Zudem wurde der Verdacht geäußert, führende Beamte seien selbst Mitglied der NSDAP und würden die Vorfälle und Straftaten decken oder vertuschen. Allein von Januar bis April 1932 erreichten den Landtag 18 Anträge, zwölf von der SPD, fünf von der KPD

und ein »Gegenantrag« von der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP). Zumeist wurde in diesen Anträgen ein Sachverhalt geschildert und dann die Landesregierung ersucht, auf die Polizei einzuwirken und im Falle von Fehlverhalten die betreffenden Beamten zu maßregeln oder zu bestrafen. Aufgrund der Vielzahl der Anträge beschloss der Landtag, einen PUA einzusetzen, der die Vorfälle in Gänze untersuchen sollte. Am 3. Mai 1932 konstituierte er sich. Wie üblich saßen in diesem PUA Mitglieder aller Fraktionen, auch der NSDAP. Den Vorsitz übernahm der SPD-Abgeordnete und ehemalige Justizminister Alfred Neu (1871–1969). In einer ersten Phase von Mai bis Mitte Juni 1932 beschäftigten sich die Abgeordneten vor allem mit Anträgen zu Vorfällen rund um die Reichspräsidentenwahl. Die SA hatte, so die Antragsteller, das Uniformverbot missachtet, illegal ihre Parteischrift, den »Freiheitskampf«, verteilt und Bürger auf offener Straße bedroht. Mehr noch: Im März wurden in Gottleuba Mitglieder des »Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold« überfallen, auf den Landtagsabgeordneten Paul Herrmann ein »Revolveranschlag« verübt und in Chemnitz und Umgebung sei es zu mehreren »Terrorakten« der Nationalsozialisten gekommen. Jedes Mal habe die Polizei durch Unterlassen die Gewalt der Nationalsozialisten unterstützt. Der Ausschuss vernahm Zeugen und erhielt Stellungnahmen der Polizei, des Innen- und des Justizministeriums. So findet sich etwa eine Stellungnahme

Dr. Janosch Förster

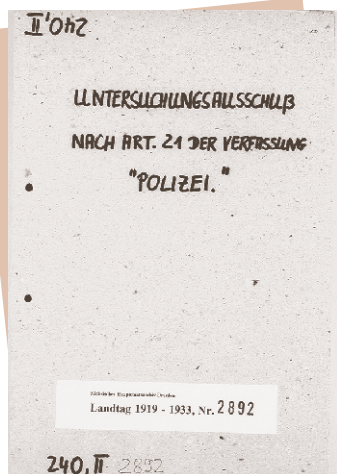
«demokratischen Sachsen»?

des Verbandes der Sächsischen Schutzpolizei e.V., in der sich dessen Vorsitzender vehement gegen »verallgemeinernde und schwere Beleidigungen« einsetzte und den Landtag bat, Anträge, die einen Angriff auf die Berufsehre der Polizeibeamten darstellten, abzulehnen.

»Die Zeugin weint«

Die Anschuldigungen, die der PUA verhandelte, waren allerdings erheblich. In der zweiten Phase, die den Winter 1932/33 umfasst, wurden zwei prominente Ereignisse zur Bearbeitung überwiesen: Der Mordfall Hentsch und das »Blutbad im Keglerheim«. Beide Fälle deuteten darauf hin, dass die sächsische Polizei zunehmend nicht nur ihre Neutralität aufgegeben, sondern aktiv die Verbrechen der Nationalsozialisten geheim gehalten hatte bzw. ihr Handlanger geworden war. Im Zusammenhang mit dem

// Deckblatt der Akten des Untersuchungsausschusses //
Quelle: SächsHStAD, Bestand 10693, Nr. 2892



Rachemord an dem jungen Nationalsozialisten und vermeintlichen Verräter Herbert Hentsch durch SA-Leute kam es zu erheblichen Ermittlungsfehlern. Die Mörder konnten ins Ausland fliehen und die Hintermänner der Tat nicht mehr rechtzeitig ermittelt werden. Bei den Vorfällen im Dresdner Keglerheim wurden Polizisten selbst zu Tätern: Am 25. Januar 1933, also nur fünf Tage vor der Ernennung Hitlers, wurde eine Versammlung der Kommunisten während eines Vortrags für aufgelöst erklärt. Als die Besucher den Saal verließen, fiel ein Schuss, woraufhin die Polizeimannschaften mehrere Dutzend weitere Schüsse in die Menge abgaben. Am Ende waren neun Menschen getötet und elf weitere schwer verletzt worden. Die Frage, wer den initialen Schuss abfeuerte, konnte der Ausschuss nicht klären. Möglicherweise löste er sich gar versehentlich.

Beide Fälle wurden im PUA nach der Machtübertragung auf die Nationalsozialisten verhandelt, um die Verstrickungen der sächsischen Polizei und anderer Behörden aufzuklären. Am 9., 15., 16. und 17. Februar 1933 fanden Sitzungen statt, zwei stenografische Protokolle aus dieser Zeit sind erhalten. So schilderte zum Beispiel die Schwester des ermordeten SA-Manns Hentsch unter Tränen, wie sie von einem Beamten, Mitglied der NSDAP, und dem Staatsanwalt behandelt worden war, nachdem sie ihren Bruder als vermisst gemeldet hatte. Ein anderer Polizeibeamter, Oberleutnant Heymann, gab im Ausschuss unumwunden zu, Mitglied

der NSDAP zu sein. Auch die zahlreichen im PUA aufgezeichneten Zeugenaussagen zu den Vorfällen im Keglerheim belasteten die anwesenden Polizeibeamten schwer. Mit dem Hinweis auf die laufenden Ermittlungen verbot das Justizministerium jedoch die Vernehmung weiterer, hochrangiger Zeugen aus dem Polizeiapparat, sodass hier die Gegendarstellungen fehlen. Die

sche Untersuchungsausschüsse oft genannt werden, wurde den Abgeordneten aus der Hand geschlagen. Eine »nationale Front« bildete sich hier sicher nicht, zumal gerade die Fraktionen der Mitte, denen auch Dieckmann angehörte, sich kaum beteiligten. Die Quellen belegen dennoch den Mut, den einige Landtagsabgeordnete auch nach dem 30. Januar 1933



// Das Keglerheim in Dresden kurz nach dem 25. Januar 1933 //
Quelle: © SLUB / Deutsche Fotothek / Würker, Martin df_hauptkatalog_0198627.jpg

Arbeit des Ausschusses endete abrupt mit dem Überfall auf den Landtag am 9. März 1933 (siehe Landtagskurier 5/2015). Einige seiner Mitglieder, wie etwa der Vorsitzende Alfred Neu, kamen in Schutzhaft, andere, wie Hermann Liebmann oder Kurt Sindermann, ins KZ. Wieder andere, zum Beispiel der Vertreter der NSDAP, Heinrich Bennecke, der selbst hochgradig in den Fall Hentsch verstrickt war, machten Karriere im NS-Staat.

Das »schärfste Schwert des Parlaments«, wie parlamentari-

noch aufbrachten, trotz der Bedrohung, die von den Nationalsozialisten ausging. Zum anderen erinnern sie daran, welche Verantwortung der Staat, seine Beamten und insbesondere die Polizei in einer Demokratie haben, und sie erinnern gleichfalls an die Verantwortung des Parlaments, seine Kontrollfunktion wahrzunehmen.

1933



Hymne der Bergleute ins Kulturerbe aufgenommen

Das Steigerlied, auch bekannt als »Glück auf, der Steiger kommt«, erklang am 16. März 2023 auf den Stufen vor dem Sächsischen Landtag. Der Chor des Männergesangsvereins »Sachsentreu« Neuwürschnitz e. V. sang vor Beginn der Plenarsitzung in Dresden. Das Lied ist neu in das bundesweite Verzeichnis des Immateriellen Kulturerbes aufgenommen worden. Das hatte die deutsche Kulturministerkonferenz am Tag zuvor beschlossen. Die Aufnahme in das Verzeichnis soll helfen, Traditionen zu erhalten.



Foto: G. Graff/Bundeswehr

Abschlussappell der Heerschule Dresden

Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler nahm am 15. Februar 2023 am Abschlussappell des Offizierslehrgangs Truppendienst der Bundeswehr in Dresden teil. Auf dem Theaterplatz vor der Semperoper wurden das erste Mal seit drei Jahren wieder über 600 junge Offiziere geehrt und verabschiedet. In seiner Ansprache würdigte Dr. Rößler die Streitkräfte als Garant für die äußere Sicherheit unseres Landes, der Freiheit und des Wohlstands. An der Offizierschule des Heeres in Dresden werden Soldatinnen und Soldaten zu militärischen Führungspersönlichkeiten ausgebildet.

Berufsorientierung im Parlament

Mehrere Schülerinnen und Schüler aus Dresden und Umgebung erhielten am 13. März 2023 spannende Einblicke in das Parlament als Ausbildungsstätte. Der Sächsische Landtag beteiligte sich erstmals an der Initiative »SCHAU REIN!« und präsentierte die Ausbildung »Kaufrau/Kaufmann für Büromanagement«. Die derzeitigen Auszubildenden der Landtagsverwaltung stellten den Jungen und Mädchen dabei ihre Tätigkeiten vor.



www.landtag.sachsen.de/publikationen



www.landtag.sachsen.de/veranstaltungen



Der Sächsische Landtag auf Twitter: twitter.com/sax_lt und auf Instagram: [instagram.com/sachsen_landtag](https://www.instagram.com/sachsen_landtag)

Plenarsitzungen des Sächsischen Landtags

Weitere Plenarsitzungen sind vorgesehen am:

26.04. – 27.04.2023
31.05. – 01.06.2023
05.07. – 06.07.2023
20.09. – 21.09.2023
08.11. – 09.11.2023
13.12. – 14.12.2023

Der Sächsische Landtag überträgt die Plenarsitzungen live als Videostream mit Untertitelung auf www.landtag.sachsen.de.

Auch Tagesordnungen, Wortprotokolle und Videoaufzeichnungen finden Sie in unserem Internetauftritt.

Weiterhin werden die Aktuellen Debatten der Plenarsitzungen auch im Regionalfernsehen ausgestrahlt.

Im MDR-Radio werden die Landtagsdebatten zudem live und digital auf DAB+ auf dem Kanal MDR SACHSEN EXTRA übertragen.

Weitere Informationen des Sächsischen Landtags

Fraktionen

CDU
Tel. 0351 493-5601
AfD
Tel. 0351 493-4201
DIE LINKE
Tel. 0351 493-5800
BÜNDNISGRÜNE
Tel. 0351 493-4800
SPD
Tel. 0351 493-5700

Besucherdienst

Anmeldungen für Digital- und Präsenzführungen sowie Planspiele nehmen wir unter Tel. 0351 493-5132 entgegen.

Bürgerfoyer

Ausstellung »DAS PARLAMENT DER SACHSEN« sowie Wechselausstellungen:
Mo. bis Fr. von 9 bis 18 Uhr

Kein Zugang für elektronisch signierte sowie verschlüsselte elektronische Dokumente.

Eine elektronische Version des Landtagskuriers finden Sie unter www.landtag.sachsen.de/aktuelles/Landtagskurier.

Diese Publikation wird vom Sächsischen Landtag im Rahmen der parlamentarischen Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Abgabe erfolgt kostenfrei.

Publikationsbestellung und Leserbriefe

SÄCHSISCHER LANDTAG
Stabsstelle Presse und Öffentlichkeitsarbeit,
Protokoll, Besucherdienst
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden
Tel. 0351 493-5133, publikation@slt.sachsen.de
www.landtag.sachsen.de

Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Mandatsträgern oder Wahlbewerbern – insbesondere zum Zwecke der Wahlwerbung – ist unzulässig, ebenso die entgeltliche Weitergabe der Publikation.

Impressum Herausgeber: Sächsischer Landtag – Verfassungsorgan des Freistaates Sachsen, Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden – Der Freistaat Sachsen wird in Angelegenheiten des Sächsischen Landtags durch dessen Präsidenten Dr. Matthias Rößler vertreten. | Redaktion: V. i. S. d. P.: Dr. Thomas Schubert, Sächsischer Landtag | Redakteur: Dr. Daniel Thieme, Sächsischer Landtag | Redaktionelle Mitarbeit: Anne-Marie Brade, Katja Ciesluk, Dirk Förster, Tina Kablau, Rüdiger Soster, Heiner Ridder, Janina Wackernagel (alle Sächsischer Landtag, Anschrift s. o.) | Textbearbeitung und Gestaltung: Ö GRAFIK, Tauscherstraße 44, 01277 Dresden | Druck und Vertrieb: SDV Direct World GmbH, Tharandter Straße 23 – 35, 01159 Dresden | Redaktionsschluss: 24.03.2023
Gastautorin: Dr. Nancy Aris (Landesbeauftragte für die Aufarbeitung der SED-Diktatur)

Diese Veröffentlichung ist urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, auch die des Nachdruckes von Auszügen und der fotomechanischen Wiedergabe, sind dem Herausgeber vorbehalten. Die Beiträge der Gastautoren geben nicht zwangsläufig die Meinung der Redaktion wieder.

Das im Landtagskurier genutzte generische Maskulinum meint stets alle Menschen, unabhängig von ihrem Geschlecht. Die platzsparende Schreibweise dient ferner der besseren Lesbarkeit.



FSC
MIX
Papier
FSC® C015858